

Politischer Jahresauftakt marxistische linke e.V. ,Berlin, 10.1.2015
Begrüßung von Bettina Jürgensen

Liebe Genossinnen und Genossen,
liebe Freundinnen und Freunde,

"Stopp TTIP: Einig nur gegen den Konzernkapitalismus" heißt am 27.12.2014 eine Schlagzeile der FAZ. Und weiter: "Die Bürgerinitiative kämpft gegen ein Handelsabkommen mit Amerika. Sie bringt die Politik in Bedrängnis. Dahinter stecken sehr verschiedene Gruppen."

In dem Artikel wird deutlich gemacht, dass "ein relativ trockenes und kompliziertes Thema" auch zu emotionalisieren ist, dass von den 333 inkorporierten Organisationen in Europa 110 aus Deutschland kommen. Als bekannte werden u.a. Attac, Nabu, BUND, Linkspartei und Piraten genannt.

"Der Rest ist ein bunter Strauß aus größtenteils unbekanntem Organisationen, die alle irgendetwas an TTIP auszusetzen haben." so die FAZ und zählt davon einige wenige auf, darunter auch die marxistische linke.

Vor noch nicht einmal einem Jahr haben wir den Verein in Berlin gegründet.

Wir haben, in überauschaubarem Rahmen, die Zahl unserer Mitglieder erhöht. Was uns allerdings wichtiger ist: wir haben bereits eine Reihe von Veranstaltungen mit einigen hundert Teilnehmer*innen durchgeführt und damit inhaltliche Diskussionen zu aktuellen Fragen eröffnet. Dieses sowohl auf bundesweiter Ebene, wie auch in einigen Regionen.

Eine Aufzählung und Einschätzung der einzelnen Aktivitäten können Interessierte auf unserer Internetseite www.kommunisten.de nachlesen. Und wie unzählige andere linke Organisationen haben auch wir uns entschieden am Vorabend der Ehrung von Liebknecht und Luxemburg ein Treffen durchzuführen.

Ein kabarettistischer Rückblick auf das Jahr 2014 wird nachher von unserer Genossin Jane Zahn folgen. Ich möchte auf einige politische Aktivitäten hinweisen, die auch 2015 unsere Unterstützung und den Einsatz unserer Ideen und unserer Kraft nötig haben.

Zunächst noch einmal zu TTIP.

Es sind bereits mehr als 1 1/4 Millionen Unterschriften gesammelt, in sieben Ländern EU-Europas wurde das notwendige Quorum bereits überschritten.

Trotz alledem: es werden weiterhin Unterschriften gesammelt, dazu wird es Gespräche und Informationen gegen TTIP, CETA und Tisa geben!

Der nächste internationale Aktionstag wurde für den 18. April 2015 beschlossen. Die Durchführung in den einzelnen Ländern wird vorbereitet, auch wir werden wieder aktiv dabei sein.

Am 7. und 8. Juni soll das G7-Treffen in Elmau stattfinden.

Vorbereitend gibt es am 14./15. April das Treffen der G7- Aussenminister in Lübeck G7, Energieministertreffen am 11.-12. Mai 2015 in Hamburg und dass der Finanzminister am 27. - 29. Mai in Dresden.

Bündnisse rufen zu Aktionen auf, Veranstaltungen werden organisiert und Demonstrationen geplant. Die größte wird am 6. Juni in Garmisch-Partenkirchen vom "Aktionsbündnis Stop G7 Elmau" organisiert. Beraten wir gemeinsam in den Bündnissen wie aktionistische Widerstandskultur aussehen muss.

Machen wir den Widerstand gegen die Politik von G7 zu einem Protest aller linken Gruppen und Parteien, versuchen wir mehr als bisher auch andere humanistische, demokratische und emanzipatorische Kräfte einzubeziehen.

Denn der Widerstand gegen die Finanzetagen und Konzerne und deren Regierende muss breiter werden, wenn er erfolgreich sein soll!

Vorher jedoch gibt es noch anderes zu bewegen.

Am 18. März wird in Frankfurt der Umzug der EZB gefeiert – Wir feiern mit!

Die Aktionen von Blockupy werden seit ihren ersten Planungen im Oktober 2011 auch von uns unterstützt. Klar, dass wir auch in diesem Jahr mit Aktivist*innen aus ganz Europa dabei sein werden und sagen: Es gibt nichts zu feiern angesichts Sparpolitik und Verarmung der Menschen. Wir werden ihre Party übernehmen und sie in einen Ausdruck des transnationalen Widerstands verwandeln!

Genossinnen und Genossen,

Das Beste wäre, die Gewerkschaften klinken sich mehr ein in diese Bewegungen. Mehr Gewicht erhielten die Bewegungen, wenn z.B. zwischen den Aktionen gegen das Tarifeinheitsgesetz eine Verbindung mit den anderen sozialen Kämpfen hergestellt wird.

Ein weiteres Beispiel: da wird versucht uns im Jahr 10 nach der Hartz-Gesetzgebung, den lange erkämpften Mindestlohn von 8,50€ als das Bonbon der Regierung zu verkaufen. Gleichzeitig jedoch ist geplant den Druck auf Hartz IV-Empfänger*innen zu erhöhen.

Wenn der DGB am Montag Aktionen und Aufklärung zum Mindestlohn durchführen wird, unterstützen wir dies als aktive Gewerkschafter*innen.

Bei den anstehenden Tariffkämpfen sollte deutlich werden, dass die Schere zwischen prekär- und "normal"Arbeitsverhältnissen nicht weiter aufgehen darf. Zur Nachahmung empfohlen sind Aktionen wie der Postbelegschaften gegen Befristungen unter dem Motto "Nutz meinen Kollegen nicht aus!"

Die marxistische linke arbeitet nach ihrem Selbstverständnis "in der Tradition der Kämpfe gegen kapitalistische Ausbeutung, Umweltzerstörung, politische Unterdrückung und verbrecherische Kriege, gegen Faschismus und Diktatur, in der Tradition des Widerstandes" (Satzung marxistische linke)

Dazu gehört die Erinnerung wachzuhalten und die Lehren der Geschichte zu ziehen. In diesem Jahr ist der 70. Jahrestag der Befreiung vom Faschismus. Dieser Jahrestag kann Anlass geben in antifaschistischen Initiativen und Bündnissen, in linken Organisationen, in den Gewerkschaften über die Ursachen von Faschismus zu diskutieren.

Der Jahrestag kann auch Anlass sein darüber zu reden, weshalb es heute immer noch Rassismus und Faschismus gibt. Er kann Anlass sein zu fragen weshalb rechte Parteien in der BRD und in Europa enormen Zulauf und Stimmengewinne bei Wahlen erhalten. Er kann Anlass gemeinsam mit anderen darüber zu beraten, wie eine starke linke Gegenkraft entwickelt werden kann, aber auch, welche Probleme es dabei gibt.

Diesen Faden aufzunehmen, das ist Verantwortung übernehmen und aus der Geschichte zu lernen!

Dabei können auch die Fragen des gesellschaftlichen System diskutiert werden – Kapitalismus oder Sozialismus. Ohne Besserwisserei und ohne Überheblichkeit!

Doch klar ist: die Diskussion und das Wissen allein verändert nichts! Die Menschen müssen überzeugt sein, dass Flüchtlingspolitik und Rechtsentwicklung zwei Seiten einer Medaille sind.

Die Menschen müssen erkennen, dass auch Sozial- und Demokratieabbau Teil dieses Systems sind und dazu gehören.

Die Diskussion über Alternativen und das gemeinsame Handeln gegen Rassismus und Faschismus – unter welchem Namen sie auch agieren – können einen ersten Beitrag zu Veränderungen im Denken und Handeln leisten. Ob gegen Pegida, gegen die NPD und andere Gruppen.

Wir denken dabei auch an die brutal ermordeten Redakteure der Zeitschrift Charlie Hebdo in Frankreich. Die "Humanité", Zeitung unserer Genoss*innen der PCF, hat folgendes dazu veröffentlicht: „Hier in der Redaktion der Humanité herrschen Schmerz und Wut. Die Comic-Streifen von Charlie, das waren unsere Kampfgefährten, unsere Brüder mit der Feder, um Dummheit und Ignoranz anzuprangern. Sich zu empören. Die Pfaffen und die Unternehmerbosse zu verspotten. Die Rassisten aller Sorten, die Dunkelmänner aller Art zu verkloppen, die Machos und die Drecksäcke zu verhöhnen...(.....) Das waren liebenswerte Typen, böse Strolche, die über alles lachten. Aufmerksam gegenüber der Welt, besorgt und hellichtig, hatten sie den Humor und den Spott gewählt, um den Integrismus und den Faschismus, die Dummheit und den Hass anzuprangern.“

Morgen ist eine Demonstration in Paris geplant. Auch Regierende werden teilnehmen, Frau Merkel hat sich angekündigt – in Dresden gegen die Naziaufmärsche, gar bei den Blockaden war sie bisher nicht zu sehen. Wir vergessen bei all dem nicht, dass durch Gesetze rechten Kräften und menschenfeindlichen Ideologien in die Hände gespielt wird. Die Kriminalisierung von Antifaschist*innen, die Asylgesetzgebung, der Abbau demokratischer Rechte und der Sozialabbau, die Militarisierung der Gesellschaft und die Kriegspolitik tragen dazu bei. Deshalb kämpfen wir für – auch bürgerliche – Demokratie, für soziale Gerechtigkeit in diesem Land, für gleiche Rechte für alle Menschen die hier leben, gegen Rassismus und Faschismus, gegen Kriegstreiberei und Militarisierung!

Genossinnen und Genossen,

Das Säbelrasseln ist nicht zu überhören.

Ukraine, Russland, Syrien, Irak, – Kriege gibt es über diese Länder hinaus, die NATO führt über 40 Kriege weltweit wegen der Ressourcen, der geostrategischen Ziele – es geht um den Profit. Opfer sind vor allem die Zivilbevölkerungen dieser Länder.

„KEIN FRIEDEN MIT DER NATO - Stoppt den Konfrontationskurs und die neue NATO-Aufrüstung“. So beginnt Aufruf gegen die NATO-Sicherheitskonferenz 2015 am 7. Februar 2015 in München. Die Friedensbewegung wird an diesem Tag ein deutliches Zeichen setzen.

Die Bundeswehr ist am Morden beteiligt, die Waffenlieferungen aus der BRD tun ein Übriges. "Soldaten sind Mörder!", das wusste schon Kurt Tucholsky, dessen 125. Geburtstag gestern war.

Die Große Koalition von CDU und SPD schert sich nicht darum, sie treibt diese verheerende und menschenverachtende Politik voran.

Gleichzeitig aber gibt es auch Mitglieder der SPD, die sich, manchmal sehr zaghaft, zu zaghaft, gegen die Linie ihrer Partei äußern. Einer davon ist Ralf Stegner, stellvertr. Vorsitzender, der zu Waffenlieferungen in

den Irak gesagt hat „heute liefern wir Waffen, morgen sind wir ganz erstaunt, dass damit unschuldige Menschen getötet werden - welche Moral ist das?“

Greifen wir solche Aussagen auf, nehmen wir sie beim Wort, führen wir Diskussionen mit Menschen aus unterschiedlichsten Gruppen, Organisationen und Parteien. Nur dann können wir Gemeinsamkeiten zu Friedensfragen erkennen, sie entwickeln und darüber, sei es auch nur punktuell, gemeinsam aktiv werden. Das kann ein Beitrag sein im Kampf um den Frieden. Der Synergieeffekt: Frieden schafft bessere Ausgangsbedingungen zur Überwindung des Kapitalismus.

Genossinnen und Genossen,

mit den Thesen zur Internationalen Politik hat die marxistische linke ein Diskussionspapier vorgelegt. In der Zeit in der wir leben ist es wichtiger denn je, sich auch mit der internationalen Entwicklung zu befassen. Krieg und Frieden, Ausbeutung und Unterdrückung, Umweltfragen, Klimaveränderungen – alles dies sind weltweite Probleme, die global diskutiert und verändert werden müssen.

Aus den gesellschaftlichen Entwicklungen anderer Länder müssen wir lernen.

Kuba ist trotz der Blockadepolitik der USA und deren Verbündeten seinen Weg weiter gegangen. Unser Glückwunsch geht an die Kubanerinnen und Kubaner zur Freilassung der 5! Kuba steht als Symbol, dass gesellschaftliche Veränderungen sich für die Bevölkerungen lohnen. Die Solidarität für Kuba wird weitergehen!

In anderen Ländern Lateinamerikas, wie z.B. in Venezuela, sind Regierungen durch große Volksbewegungen gewählt. Sie streben andere Wege an, entwickeln demokratische Prozesse der Demokratie, der Teilhabe und auch der wirtschaftlichen Entwicklung. Ihnen gehört unsere Solidarität!

Auch in anderen Regionen sehen wir Möglichkeiten zu politischen Entwicklungen im Interesse der Bevölkerungen. In Rojava wird das Projekt einer radikal-demokratischen, ökologischen Alternative entwickelt, die zudem auch die Gleichberechtigung der Geschlechter voranbringt. Dies wird nicht nur als Bedrohung für den mittelalterlichen »Islamischen Staat«, sondern auch für den modernen Kapitalismus wahrgenommen. In schweren Kämpfen verteidigen die Kurdinnen und Kurden ihren Weg. Solidarische Grüße nach Rojava und Kobane!

Und in Europa?

Die Wahlen zum EU-Parlament im Mai haben die Linke Fraktion der GUE/NGL gestärkt. Gleichzeitig haben Rechte an Stimmen und Einfluss gewonnen.

Jedoch gibt es auch neue Möglichkeiten.

Der Aufstieg von SYRIZA, die Entwicklungen innerhalb der Linken Spaniens, die strategischen Diskussionen in der französischen Linken oder die Bildung der Liste „L'Altra Europa con Tsipras“ in Italien sind Beispiele dafür.

In unseren Thesen zur Internationalen Arbeit sagen wir: „Unsere Kritik an der Europäischen Union erfolgt aus einer europäischen Perspektive mit klassenpolitischen Positionen. Denn eines wird immer deutlicher: Europäische Probleme erfordern europäische Lösungen.“

Grund genug, sich mit den Entwicklungen in anderen Ländern Europas auseinanderzusetzen.

In zwei Wochen wird in Griechenland eine neue Regierung gewählt.

Ein Wahlsieg von SYRIZA und die Bildung einer Linksregierung ist wahrscheinlich.

Das ist ermutigend, denn es zeigt die Kraft einer linken Politik. Gleichzeitig fordert es unsere Solidarität.

Diese muss den Griechen helfen und kann gleichzeitig für den Aufbau einer europaweiten Allianz gegen die Austeritätspolitik und für ein solidarisches Europa wirken. Eine Voraussetzung ist, dass europaweit die Solidarität organisiert wird. Wir werden uns daran beteiligen! Wir freuen uns besonders das die Genossin Olga Athaniti, Mitglied des Zentralkomitees von Syriza, heute die aktuelle Situation in Griechenland darstellen wird.

2015 heißt – Bleiben wir aktiv!

Gehen wir weiter den Weg, um im Sinne von Karl Marx "alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist"